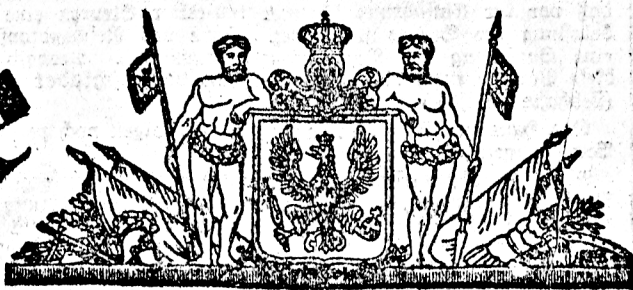


# Vossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Die Antwort der Alliierten.

Der Oberste Rat in Paris hat der deutschen Delegation zwei Noten über die Unterzeichnung des Schlussprotokolls überreichen lassen. Sie sind bereits im größten Teil unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlicht und werden im zweiten Beiblatt der vorliegenden Ausgabe wiederholt.

Zu den Streitfragen, die anlässlich der bevorstehenden Ratifizierung des Friedens zwischen Deutschland und den Alliierten aufgetaucht sind, haben diese in zwei gleichzeitigen Noten nunmehr abschließend Stellung genommen. Aus der umfassenden Hauptnote geht hervor, daß die deutsche Regierung schon im Oktober angeregt hat, man solle als Ausgleich für das Ausscheiden der Amerikaner aus den verschiedenen Kommissionen gewisse Zugeständnisse in der Auslieferung- und Kriegsgefangenenfrage machen. Die deutsche Regierung hat also auch in den offiziellen Verhandlungen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie Amerika als einen Schutz gegen andere Mitglieder der Entente ansehe. Die Unrichtigkeit dieser Auffassung ist während des letzten Jahres schon allzu oft durch die Tatsache bewiesen, ebenso aber auch die störende Wirkung, die gerade eine solche Politik auf die Unabhangigkeit friedlicher Beziehungen zu anderen Ententemächten ausgeübt hat. Es ist anzunehmen, daß diese Motivierung der beiden erwähnten deutschen Wünsche ihre Erfüllung zumindest nicht begünstigt hat. In dem augenblicklichen Entscheidungskodum mag unerörtert bleiben, welchen Einfluß das Hineintragen aller dieser Gedankengänge in die Auseinandersetzung über das Schlussprotokoll ausgeübt hat. Ebenso mag in der jetzigen Situation die in der Hauptnote gestellte Frage besser unbeantwortet bleiben, ob und welche Verhandlungsmöglichkeiten über das Schlussprotokoll den deutschen Bevollmächtigten in Paris zur Verfügung standen und welchen Gebrauch sie davon gemacht haben. Auf all das wird in ruhigerer Zeit noch zurückzukommen sein.

Die sachliche Analyse der vorliegenden Noten hat sich mit der Stellungnahme der Alliierten zu drei strittigen Punkten auseinanderzusetzen: zur Kriegsgefangenenfrage, zur Auslieferung von Hafensmaterial für die vor Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe und zu dem im Schlussprotokoll behaupteten Recht der Alliierten, auch nach Friedensschluß militärisch gegen Deutschland vorzugehen, wenn es seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Besonders auffällig ist die Behandlung der Scapa Flow-Angelegenheit. In einer dieser Fragen besonders gewidmeten Note wird jedes Entgegenkommen schroff abgelehnt. In der allgemeinen Hauptnote ist dagegen ein bestimmtes Maß von Entgegenkommen in derselben Angelegenheit zu verzeichnen. Die Sondernote braucht nur mit den bisher erfolgten Veröffentlichungen der englischen Admiralität über Scapa Flow verglichen zu werden, um sichere Anhaltspunkte für die politische Beurteilung dieser Streitfrage zu geben. Es ist darüber geschrieben worden, ob England oder Frankreich an der „Vertrafung“ Deutschlands für die Versenkung seiner Kriegsschiffe am meisten interessiert sei, mit anderen Worten, ob der Hauptzweck der Auslieferung deutschen Hafensmaterials die Bereicherung Frankreichs oder die von England erstrebte wirtschaftliche Wehrlosmachung Deutschlands gewesen ist.

Daß England in dieser Sache der treibende Faktor und der Nutznießer ist, wurde in Deutschland wohl fast nur von amtlicher und amtlich beeinflusster Seite verkannt. Sonst hat in der deutschen Öffentlichkeit wohl kaum jemand verkannt, daß England nichts unterlassen hat, um die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe zu ermöglichen. Zwei Zwecke waren damit zu erreichen: keine deutschen Kriegsschiffe in die Hände Frankreichs kommen zu lassen und als Kompensation für die versenkten Schiffe den deutschen Schiffsbau durch Wegnahme der Docks und Krane schon in den deutschen Häfen zu unterbinden. Von vornherein war darauf die englische Kampagne eingestellt. Die Admiralität gab das Stichwort in der englischen Presse aus, das nun in der Scapa Flow-Note der Alliierten seine Auf-erstehung feiert.

Es ist ein geradezu unerhörter Fall, daß Ihre Londoner Inspiratoren es fertig bringen, in einem diplomatischen Aktenstück den Wortlaut eines bereits einwandfrei veröffentlichten Schriftstückes nicht nur durch das Zerreißen des Zusammenhanges, sondern sogar durch Fälschung des wiedergegebenen Stils zu entstellen. Die Note zitiert aus dem bekannten Brief des deutschen Admiralstabschefs von Trotha an den Admiral v. Reuter folgende Stelle:

„Wie auch immer sich das Schicksal dieser Schiffe unter dem Druck der Ereignisse gestalten möge, so wird es nicht ohne uns entschieden werden, es wird von uns selbst ausgeführt werden und eine Auslieferung an den Feind bleibt ausgeschlossen.“

Der herangezogene Absatz lautet in Wirklichkeit:

„Euer Hochwohlgeboren mögen überzeugt sein, daß es die überständliche Pflicht unserer Marineunterhändler in Versailles sein wird, das Schicksal des Inter-

ventionsverbandes mit allen Mitteln zu verteidigen und eine anderen Traditionen und dem unzweideutigen deutschen Recht entsprechende Lösung herbeizuführen. Hierbei wird an erster Stelle die Bedingung stehen, daß der Verband deutsch bleiben soll, daß sein Schicksal, wie es sich unter dem Druck der politischen Lage gestalten möge, nicht ohne unsere Mitwirkung bestimmt und von uns selbst vollzogen werde, und daß eine Auslieferung an den Feind ausgeschlossen bleibe. Wir müssen hoffen, daß diese gerechten Forderungen sich im Rahmen unserer gesamten politischen Stellung zur Friedensfrage erfolgreich behaupten lassen werden.“

In der englischen Verdröhung wird also aus dem von Trotha den deutschen Friedensunterhändlern gewiesenen Ziel ein Gegenstand der Selbsthilfe für die deutschen Schiffsbesatzungen gemacht.

Bezüglich der Auslieferung der Kriegsgefangenen durch Frankreich konnte die Hauptnote der Alliierten nur nochmals, entsprechend der französischen Note vom 15. November, feststellen, daß die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen vertragsgemäß unmittelbar nach der Ratifizierung des Friedens beginnen soll.

Eine wichtige Abänderung im Vergleich zu dem ursprünglichen Entwurf des Zusatzprotokolls ist darin zu erblicken,

daß die Alliierten nicht mehr das Recht in Anspruch nehmen, nach der Ratifizierung des Friedensvertrages die Erfüllung seiner Bedingungen gewaltsam, also etwa durch den Einmarsch in Deutschland, durchzusetzen. Das wird zweifellos besonders diejenigen Kreise in Deutschland interessieren, in deren Augen der Einmarsch in Deutschland ein besonderes französisches Interesse darstellt.

Un diesen Verzicht knüpft der Oberste Rat eine besondere Verwarnung vor weiteren Verzögerungen und droht sehr nachdrücklich mit Zwangsmaßnahmen als Antwort auf jede weitere Verschlebung der Ratifikation. Die Erfahrungen der letzten Zeit lassen es angebracht erscheinen, dieser Drohung das volle Gewicht einer wirklichen Absicht beizumessen. Auf den Ernst und die entscheidende Bedeutung des jetzigen Augenblicks hinzuweisen, ist politische Pflicht. Ihr unterliegt auch die Regierung. Sie darf insbesondere den Ernst der Lage vor sich selbst und vor dem Volke nicht durch die vergebliche Hoffnung auf das Dazwischentreten irgend-einer dritten angeblich weniger beteiligten Macht abzuschwächen versuchen. Deutschland hat in seiner Not keinen anderen Helfer als die klare Erkenntnis seiner gegenwärtigen Lage und der Notwendigkeit seiner künftigen Existenz. A. R.

## Lärm szenen in der Nationalversammlung.

### Zusammenstoß zwischen Eugen Berg und den Mehrheitsparteien.

In der zweiten Sitzung der Nationalversammlung, die am Dienstag stattfand, wurden zunächst eine Reihe von Anfragen erledigt. Aus den Antworten der Regierung sei mitgeteilt, daß die Besatzungsarmee aus dem Ausland soll frei sein und daß bisher gezahlte Beträge zurückgezahlt werden sollen. Ferner, daß entsprechend dem gesunkenen Geldwert der Satz für die Krankenversicherungspflicht erhöht und daß im Januar der Nationalversammlung das Heimstättengesetz vorgelegt werden soll.

Der Antrag Ermborn für einen neuen Generalpardon in Steuerfällen ging an den Steuerauschuß.

Hierauf begann die zweite Lesung des Reichsnoteopfers. § 1 bestimmt: „Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes bemessene große Abgabe vom Vermögen (Reichsnoteopfer)“. Hierüber findet eine allgemeine Aussprache statt. Zum Wort kam zunächst die Opposition der Rechten.

Abg. Dr. Kieffer von der Deutschen Volkspartei beantragte Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß, der darüber beraten soll, ob statt des Reichsnoteopfers eine laufende Vermögenssteuer auf Grund einer in kurzen Zwischenräumen zu wiederholenden Einschätzung erhoben werden kann. Ferner soll er die Frage einer Zwangsanleihe nach der Höhe der Vermögen prüfen. Zur Begründung verwies der Antragsteller auf die Notwendigkeit, endlich den übermäßigen Notenumlauf einzuschränken. Täglich würden jetzt für 50 Millionen Reichsbanknoten gedruckt. Das kann der stärkste finanzielle Wagen auf die Dauer nicht aushalten. In einer Zeit wie der jetzigen ist der Versuch mit einem Reichsnoteopfer doppelt gefährlich. Nur durch die Entlastung der deutschen Unternehmer und nur durch eine freie Wirtschaft kann unser Wirtschaftsleben wieder gesunden. Das Reichsnoteopfer aber ist ein gefährliches sozialistisches Experiment. Den kleinen Rentnern bleibt nichts übrig als der Selbstmord. (Hört, hört! und Zustimmung rechts.)

Noch schärferer Töne schlug der deutschnationale Redner Dr. Eugen Berg an. Die Gegnerschaft seiner Partei beruht vor allem auf der Sorge, daß durch das Reichsnoteopfer die wirtschaftliche und politische Stellung Deutschlands in der Welt aufs neue geschwächt wird. Auch in der liberalen Presse wächst daher der Widerstand gegen das Reichsnoteopfer. Mindestens müßte die dritte Beratung ausgesetzt werden, bis festgestellt ist, daß eine Beschlagnahme des Reichsnoteopfers durch die Entente nicht erfolgen kann.

Der Redner ging dann zu einer Besprechung der deutschen Wirtschaftslage über: Die Lage ist hofflos. Die Regierenden wissen weder aus noch ein. Der Run auf die Banken beweist, daß die Leute ihre Kapitalien allmählich abheben und ausgerechnet in einem solchen Augenblick kommt das Reichsnoteopfer. Ich stelle mich nicht vor den Geldbeutel der Besessenen. (Gelächter links.) Meine Partei braucht die reichen Leute heute viel weniger als Sie (nach links). Die Massen glauben Ihnen (nach links) schon längst nicht mehr. Schieber und Korruption haben sich breit gemacht und werden sich bei Fortdauer der heutigen Wirtschaft in Deutschland noch weiter entwickeln, zum tiefen Schmerz der davon noch unbedrängten großen Mehrheit unseres ruhmreichen Beamtentums. (Sehr richtig! rechts.)

Anders wäre die Lage bei einer Zwangsanleihe. Da würde der Steuerzahler in Gestalt von Reichsanleihen einen Gegenwert erhalten. Gewiß, auch die Zwangsanleihe ist schwer zu tragen, aber sie tötet nicht. (Sehr richtig! rechts.) Sie hätte sich als ein einträgliches Wirtschaftsbündel und das brüchige Reich schlingen können. Sie wäre ein stützender Notbalken gewesen, der das Reich vor dem Zusammenbruch hätte bewahren können.

Der Glaube, unsere Feinde würden schon im eigenen Interesse Deutschland nicht zugrunde richten, findet in ihrem bisherigen Verhalten keine Stütze. (Sehr richtig! rechts.) Die angelsächsische Rasse hat Irland auf dem Gewissen, sie hat ganz Europa in meine aussgerottet, und sie wird auch vor uns nicht haltmachen. Im Februar hat Erzberger in der Nationalversammlung es als einen Bruch des Waffenstillstandsabkommens bezeichnet, wenn die Entente die Auslieferung der deutschen Schiffe verlangen würde. Es ist unerhört, wenn Erzberger nach diesen Erfahrungen mit den Schiffen durch das Reichsnoteopfer dem Feind den Zugriff auf das deutsche Vermögen so bequem macht. (Große Unruhe links.) Wir sind nicht so dumm, daß wir uns durch Spiegelfechtereien davon abhalten lassen könnten, unsere Pflicht als Volksvertreter zu tun. (Beifall rechts.)

Erzberger hat gesagt, er würde, falls der Feind darauf besteht, auf das Noteopfer Beschlag zu legen, nicht ärgern, das Gesetz zurückzunehmen oder seine Wiederaufhebung zu fordern. Wir fürchten, daß es dann zu spät ist. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb ist im gegenwärtigen Augenblick das Reichsnoteopfer ein ungeheurer Verstoß, den man im Lande einfach nicht versteht. Wenn das deutsche Volk nun einmal an die Rechte wirtschaftlicher Sklaverei gelegt werden soll, dann tue man es lieber ganz offen und lasse den Feind das Ruhrgebiet gleich besetzen.

(Hier bricht großer Lärm bei der Mehrheit aus. Vielfache Pfufe-Rufe. Rufe: Volksvertreter! — Neuer großer Lärm links.)

Vizepräsident Haußmann läutet andauernd mit der Glocke und versucht die Ruhe herzustellen. Es gelingt ihm nicht. Schlußrufe gegen den Redner. Zurufe: Raus! Runter von der Tribüne. — Neuer steigender Lärm links und rechts. Der Redner versucht weiter zu sprechen. Sobald er einige Worte gesagt hat, wird er von der Linken niedergeschrien. Endlich gelingt es Haußmann, sich vorübergehend Gehör zu verschaffen. Er mahnt das Haus zur Ruhe und zur Wahrung der Würde nach außen. Er ermahnt, den Redner weiter sprechen zu lassen. (Neue Schlußrufe. Der Redner wird wieder niedergeschrien.)

Vizepräsident Haußmann: Da ich dem Redner kein Gehör verschaffen kann, unterbreche ich wegen dieser Störung unserer Verhandlungen die Sitzung und beraume eine neue Sitzung auf 5 Uhr an.

Nach fünf Uhr eröffnete Vizepräsident Haußmann die Sitzung wieder und kam auf den Vorfall, der zur Unterbrechung geführt hatte, mit einigen Worten zurück. Er erklärte, daß die Wendung des Redners, die so großen Unwillen in der Nationalversammlung ausgelöst hat, die Gesühle des Hauses allerdings verletzen konnte. Er sprach deshalb sein Bedauern darüber aus, daß diese Worte in der Nationalversammlung gefallen sind und er suchte den Redner, ähnliche Wendungen zu unterlassen. Er richtete aber einen Appell auch an das Haus, die Redefreiheit zu beachten. (Unruhe bei den Soz.)

Hierauf fuhr Abg. Dr. Eugen Berg in seinen Ausführungen fort. Er grüßte auch weiterhin das Reichsnoteopfer scharf an und warnte davor, den großen Volksverrat zu begehen. Das Reichsnoteopfer sei kein Steuergesetz, sondern nur ein Sozialistengesetz. Sozialistischer aber bringt kein Geld, sondern kostet Geld. Das Ende vom Liede werde der allgemeine Ausverkauf dessen sein, was wir noch übrig behalten. Der Finanzminister scheint ja schon an die Verpfändung unserer Eisenbahnen zu denken. (Große Unruhe links und im Zentrum. Minister Erzberger: Unerhört!) Wir werden noch erleben, daß amerikanische Bankhäuser in Deutschland entstehen. Die aber lassen sich nicht sozialisieren. Deutsche Unternehmungen werden dann längst tot sein. Wir aber lassen uns nicht tat-schlagen, sondern wir werden zeigen, daß wir noch leben.